

Der große Bluff

Wie Gorleben für die Genehmigung fit gemacht wird

Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, aber wohin mit dem Strahlenmüll? Dieses Problem möchte Bundesumweltminister Norbert Röttgen nun endlich lösen. Hinter den Kulissen wird hektisch über ein Gesetz verhandelt, das die Suche nach dem bestmöglichen Standort regeln soll. Von einem echten Neuanfang und einer „weißen Landkarte“ ist die Rede. Umstritten ist vor allem der Umgang mit Gorleben. Doch aus dem Röttgen-Ministerium wurde kürzlich ein Einigungsvorschlag lanciert. Darin steht, dass die Erkundung des Salzstocks noch in diesem Jahr „vorläufig“ beendet werden soll. „Bund will Gorleben einmotten“, titelte die Süddeutsche Zeitung daraufhin. Auch viele andere Medien verbreiteten die Botschaft vom angeblich geplanten Erkundungsstopp. Tenor: Das Thema Gorleben sei praktisch vom Tisch.

Beileidsbekundungen statt Gratulation

Seitdem werden die AtomgegnerInnen aus dem Wendland mit Glückwünschen überhäuft – Gratulationen, für die sie selbst gar keinen Anlass sehen. „Beileidsbekundungen wären weitaus angebrachter“, erklärte Asta von Oppen kürzlich auf einer Pressekonferenz. Die Sprecherin des Vereins „Rechtshilfe Gorleben“ glaubt nicht an ein wirklich ergebnisoffenes Suchverfahren. In diesem Punkt besteht zwischen den wendländischen Widerstandsgruppen Einigkeit: Die Bürgerinitiative, Bauern, Kirchenvertreter und betroffene Grundbesitzer – sie alle befürchten, dass das geplante Suchgesetz den Standort Gorleben noch weiter zementiert.

Ihr Misstrauen gründet sich auch auf den bisher verhandelten Gesetzesentwurf. So soll die Erkundung in Gorleben zwar „vorläufig“ abgeschlossen werden, der Salzstock selbst aber weiter im Rennen bleiben. Der Entwurf lässt offen, ob überhaupt mehrere Standorte „untertägig“ erkundet werden. Und bei der Auswahl ist eben nicht die bessere geologische

Beschaffenheit eines Standorts das entscheidende Prüfkriterium. Es geht lediglich darum, dass dieser Standort in puncto Sicherheit die Mindestanforderungen erfüllt. Daneben soll auch eine „Abwägung sämtlicher privater und öffentlicher Belange“ erfolgen. Im Klartext: Die 1,6 Milliarden Euro, die in die Erkundung von Gorleben bereits geflossen sind, werden genauso in die Waagschale geworfen wie die Pilotkonditionierungsanlage nebenan und die gut ausgebaute Infrastruktur vor Ort, beispielsweise die Informationszentren oder die Lüchower Polizeikaserne. Und vor allem natürlich die Castor-Hallen, in denen schon jetzt ein Viertel des gesamten heißen Atommülls der Bundesrepublik lagert.

Vieles spricht also dafür, dass die Entscheidung am Ende wieder auf einen einzigen Standort fallen wird: den Gorlebener Salzstock, den Politik und Atomind-

ustrie ohnehin seit 35 Jahren favorisieren. Denn das entscheidende Argument der Gorleben-Kritiker, dass nämlich der Salzstock im Vergleich zu anderen Standorten gravierende geologische Mängel aufweist und deshalb weniger sicher ist, soll im geplanten Suchverfahren gar keine Rolle spielen. Hauptsache, die Mindestvoraussetzungen für eine Genehmigung sind erfüllt. Zwar wiederholt Röttgen seit Monaten gebetsmühlenartig, dass es bei der geplanten Endlagersuche keine Vorfestlegungen geben darf. Doch hinter den Kulissen werden schon jetzt Fakten geschaffen, die seine Behauptungen widerlegen. Eine Schlüsselfunktion hat dabei die sogenannte Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG), die vom Bundesumweltministerium schon 2010 in Auftrag gegeben wurde. In diesem Forschungsprojekt werden zurzeit mit einem enormen finanziellen und personellen Aufwand die Genehmigungsgrundlagen für den umstrittenen

Das entscheidende Argument der Gorleben-KritikerInnen, dass nämlich der Salzstock im Vergleich zu anderen Standorten gravierende geologische Mängel aufweist, soll im geplanten Suchverfahren gar keine Rolle spielen



Foto: Thomas Breuer/Greenpeace

Salzstock erarbeitet – zu einem Zeitpunkt, an dem das geplante Endlagersuchgesetz noch nicht einmal verabschiedet ist. Am Ende wird also der Informationsvorsprung gegenüber anderen Standorten, der nach 35 Jahren Erforschung und Ausbau vorhanden ist, als ‚Vorteil‘ für Gorleben ausgelegt. Genau das bemängelt auch der Geologe Jürgen Kreusch, der die VSG genauer unter die Lupe genommen hat. Er hält Sicherheitsanalysen zur Zwischenbewertung eines Endlagerstandorts zwar grundsätzlich für ein sinnvolles Instrument. Allerdings nur unter einer Voraussetzung: „Der betreffende Standort muss vorher in einem sicherheitsorientierten Auswahlverfahren festgelegt worden sein. In Gorleben ist das nicht der Fall.“

Worum geht es genau? Die VSG soll eine Prognose darüber abgeben, ob und unter welchen Bedingungen eine sichere Endlagerung in Gorleben möglich ist. Sie besteht aus vier zentralen Elementen: So muss erst einmal überhaupt ein Konzept entwickelt werden, um die Langzeitsicherheit des Standorts nachzuweisen. Zweitens wird festgelegt, wie die Abfälle in dem Endlagerbergwerk am besten eingelagert werden können. Der dritte wichtige Komplex ist die sogenannte Szenarienanalyse, bei der anhand von Erkundungsdaten und Modellen berechnet wird, ob der Atommüll über eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden kann. Dabei geht es nicht nur um die Isolierfähigkeit der geologischen Barrieren, beispielsweise des Salzgesteins. Es muss auch erforscht werden, ob oder wie man die für die Einlagerung notwendigen Schächte, unterirdischen Strecken und Hohlräume nachträglich wieder verschließen kann – und zwar so dicht, als hätte es die menschlichen Eingriffe nie gegeben. Viertens müssen die Erkenntnisse

zusammengefasst, bewertet und eine vorläufige Beurteilung des Standortes abgegeben werden.

Die VSG ist aufwändig und in etliche Forschungsgebiete aufgliedert. Rund achtzig Wissenschaftler wirken an Teilspekten dieser Studie mit. Doch bis auf eine kleine, eingeschworene Expertengemeinde ist kaum jemand in der Lage, das gesamte Projekt zu überblicken. Wohl auch deshalb wird seine Bedeutung in der öffentlichen Debatte bisher so unterschätzt. Im Auftrag der Rechtshilfe Gorleben haben nun die Endlager-Experten Jürgen Kreusch, Detlef Appel und Wolfgang Neumann die inhaltlichen und methodischen Schwerpunkte der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben kritisch untersucht. Ihr Fazit: Die Studie belastet das geplante Standortauswahlverfahren. Ihre Ergebnisse tragen zur Rechtfertigung des Standorts Gorleben bei und konterkarieren deshalb die erforderliche Ergebnisoffenheit.

Eigentliches Ziel: ein auf Gorleben maßgeschneidertes Endlagerkonzept

Dafür sprechen mehrere Gründe. Erstes Beispiel: Bis jetzt sind wesentliche Aspekte der Bewertung der Langzeitsicherheit von Endlagerstandorten noch nicht abschließend geklärt. Sie unterliegen der Gefahr, im Rahmen der VSG durch „gorlebenspezifische Sachverhalte und Interessen“ beeinflusst zu werden. Anders formuliert: Das eigentliche Ziel der VSG ist ein auf Gorleben maßgeschneidertes Endlagerkonzept. So werden bei der Berechnung der Langzeitsicherheit unterschiedliche Szenarien unterstellt und ihnen je nach Wahrscheinlichkeit auch unterschiedlich strenge Sicherheitsanforderungen zugeordnet. Für

eine solche Aufteilung existieren aber gar keine objektiven Kriterien. Sie unterliegt der subjektiven Meinung der Experten. Unerwünschte Störszenarien lassen sich als „wenig wahrscheinlich“ oder „unwahrscheinlich“ wegschieben und müssen nicht mehr näher betrachtet werden. Zweites Beispiel: In der VSG werden keine Abbruchkriterien für Gorleben genannt. Methodisch ist das Projekt so angelegt, dass quasi ein immanenter Zwang zur Fortführung der Studie und Weitererkundung des Standorts Gorleben besteht. Egal, ob es am Ende ein ‚gutes‘ oder ‚schlechtes‘ Ergebnis gibt: Es werden Bewertungen vorliegen, die einer Weitererkundung als sinnvoll erscheinen lassen.

Doch es sind nicht nur die Inhalte oder das methodische Vorgehen in der VSG, die die Zweifel in der Bevölkerung nähren. Noch schwerer wiegt, dass die mit dem Forschungsprojekt beauftragten Experten fast ausschließlich Wissenschaftler oder Sachverständigenorganisationen sind, die sich seit Jahrzehnten auf den Standort Gorleben festgelegt haben oder eng mit der Atomindustrie verflochten sind. Beteiligt sind beispielsweise die DBE Technology (DBETec), die zu 75 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört und direkt an den Bauarbeiten in Gorleben verdient. Und auch der bekannte Atomlobbyist und ehemalige Vattenfall-Manager Bruno Thomauske soll für mehr als 800.000 Euro zentrale Fragen bei der Bewertung von Gorleben bearbeiten. Vor diesem Hintergrund fordert die Rechtshilfe Gorleben den sofortigen Abbruch der VSG: Andernfalls sei alles Gerede von einer ergebnisoffenen und sicherheitsorientierten Standortsuche ein großer Bluff.

Gabi Haas ist freie Autorin und Mitglied der Rechtshilfe Gorleben

Gronau, 12. März 2012: Proteste gegen Atomkraft am Jahrestag der Katastrophe von Fukushima



Foto: ROBIN WOOD